

Ressort: Politik

Kommunen begrüßen geplante Soli-Integration in Einkommensteuer

Berlin, 24.11.2014, 16:17 Uhr

GDN - Der Städte- und Gemeindebund hat den Vorstoß der rot-grün regierten Bundesländer begrüßt, den Solidaritätszuschlag ab 2019 in die normale Lohn- und Einkommensteuer zu integrieren. Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg sagte der "Saarbrücker Zeitung" (Dienstag): "Es ist richtig, Hilfen für die Kommunen nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf zu organisieren."

Die Integration des Solis in die Einkommens- und Körperschaftssteuer komme allen Kommunen zugute. Landsberg betonte weiter, der Finanzbedarf auf der kommunalen Ebene sei in Ost- und Westdeutschland groß "und deshalb gibt es keine Spielräume für Steuerentlastungen oder die Abschaffung des Solis". Vielmehr benötigten die Kommunen weitere Hilfen. Denn der Nachholbedarf bei Straßen, Wegen, Plätzen, Schulen und anderen Gebäuden belaufe sich auf 118 Milliarden Euro. "Wir brauchen ganz schnell zusätzliche Mittel, damit die Infrastruktur nicht weiter verfällt."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-45179/kommunen-begruessen-geplante-soli-integration-in-einkommensteuer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619